

Südlink: Juristen sollen helfen

Stadt Burgwedel will sich externer Fachleute bedienen – Auch A-7-Trasse bleibt Thema

Um alle rechtlichen und fachlichen Möglichkeiten gegen die geplante Starkstromtrasse Südlink auszuschöpfen, bedient sich die Stadt Burgwedel externer Fachleute. Dabei bleibt eine Alternativtrasse entlang der Autobahn 7, wie die Nachbargemeinde Isernhagen sie ablehnt, weiterhin ein Thema.

VON FRANK WALTER

BURGWEDEL/ISERNHAGEN. In einer gemeinsamen Sondersitzung am Donnerstagabend machten der Planungsausschuss und der Ausschuss für Umwelt und Städtebau den Weg frei für eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 25 000 Euro. Die Rats-

entscheidung am Montag gilt nach der einstimmigen Empfehlung als Formsache. Die formaljuristische Auseinandersetzung soll mit Unterstützung einer Anwaltskanzlei erfolgen, für die planerisch-fachlichen Themen soll ein Ingenieurbüro gewonnen werden.

Das Planungsverfahren zum Bau der Südlink-Stromtrasse stelle für die Stadtverwaltung eine ganz besondere Herausforderung dar, heißt es in der Vorlage für die Politik. Aufgrund der massiven negativen Auswirkungen auf das Stadtgebiet sei eine besonders fundierte inhaltliche Auseinandersetzung erforderlich, die allein schon aufgrund der vermutlich sehr umfangreichen Unterlagen kaum ne-

ben dem üblichen Tagesgeschäft zu bewerkstelligen sein dürfte. „Erschwerend kommen die zum Teil sehr eng gefassten Zeiträume für Stellungnahmen hinzu“, so die Verwaltung.

Weil ein entscheidender Verfahrensschritt zur Festlegung der Trasse – der Antrag zur sogenannten Bundesfachplanung – bereits in der zweiten Septemberhälfte und nicht erst, wie bislang gedacht, im nächsten Jahr erfolgen könnte, sollen die Politiker die Verwaltung mit einem Ratsbeschluss am Montag zudem legitimieren, sich kurzfristig an den Netzbetreiber Tennet und die Bundesnetzagentur zu wenden. Diese sollen einerseits transparent darlegen,

warum überhaupt der Trassenkorridor durch die Region Hannover und nicht eine Route weiter östlich in Sachsen-Anhalt gewählt wird. Diese Gegend sei doch viel dünner besiedelt, so Jürgen Schodder (CDU). Weiter geprüft werden sollen aber auch alternative Verläufe im Burgwedeler Stadtgebiet – und zwar nicht nur die Route östlich von Engensen, sondern auch eine Stromtrasse entlang der A7, wie sie die Nachbargemeinde Isernhagen vehement ablehnt. Zwar könnte dieser Verlauf ausscheiden, weil nahe der Autobahn in F.B. schlicht der Platz fehlt. Von sich aus ausschließen will Burgwedel diese „unter vielen Gesichtspunkten konfliktärmere Trasse“ aber nicht.